

Herrn Oberbürgermeister:

Dr. Peter Kurz

E 5

68159 Mannheim

peter.kurz@mannheim.de

Sehr geehrter Herr Dr. Kurz,

die Flüchtlingskrise in Deutschland und Europa war in den beiden vergangenen Jahren das bestimmende politische Thema auf allen politischen Ebenen und wird es auch auf absehbare Zeit bleiben. Wie durch kein anderes Ereignis wird die zukünftige soziale, kulturelle und ökonomische Entwicklung in Deutschland beeinflusst werden – gerade auch auf kommunaler Ebene.

Dabei wird die politisch opportune Reduzierung dieser Entwicklung auf _ Formulierungen wie „bunte Vielfalt“ den kommenden Umwälzungen nicht gerecht. Nicht nur irgendwo in Deutschland oder Europa nimmt die Anzahl der Straftaten der als „psychisch krank“ bezeichneten Zuwanderer_ mit islamischen Hintergrund massiv zu, sondern konkret auch in Mannheim häufen sich die registrierten und nicht registrierten Übergriffe insbesondere auf Frauen und Mädchen.

Selbst bei größter politischer Korrektheit ist zu konstatieren, dass zumeist junge muslimische Männer mit Migrationshintergrund _ als Täter identifiziert oder beschrieben werden.

Diese Fakten stehen nicht im Einklang zu dem vornehmlich ideologisch geprägten Weltbild_ der multikulturellen Gesellschaft. Für viele Bürgerinnen und Bürger sind die damit verbundenen Probleme auch in der Quadratestadt deutlich wahrnehmbar angekommen.

Die inflationär eingesetzte „Nazikeule“ und die Schaffung neuer politischer Kampfbegriffe wie „postfaktisch“ verhindern die ehrliche Auseinandersetzung mit gefährlichen gesellschaftlichen Veränderungen. Dies ist umso bedauerlicher, als dass ein notwendiges Maß an Realismus die Differenzierung zwischen Wirtschaftsflüchtlingen und tatsächlich Verfolgten ermöglichen würde.

Unabhängig davon, ob die Ursachen eines aggressiven und gewalttätigen Auftretens verschiedener „Zuwanderergruppen“ in einer religiös begründeten Verachtung aller Ungläubigen liegt oder sonstige Gründe hat - die versuchte Schönfärberei eines „bunten“ und „vielfältigen“ Mannheims kann nicht mehr über die Schattenseite dieser „offenen“ Gesellschaft

hinwegtäuschen. Gleichgültig in welchem Umfang Pressemedien Sachverhalte verschweigen, relativieren, aus dem Zusammenhang reißen oder tatsächlich darüber berichten – viele Bürgerinnen und Bürger aus Mannheim und Umgebung erleben den Niedergang von Teilen unserer Innenstadt immer intensiver.

Bis 2015 konnte man sich als Frau bis auf wenige Stadtviertel relativ frei in unserer Stadt bewegen. Mittlerweile gibt es nur noch wenige Frauen und Mädchen, die sich ohne „Bewaffnung“ in Form von Pfefferspray in die Innenstadt trauen. Sind das die Errungenschaften der postulierten offenen Gesellschaft? Insbesondere wir als betroffene Bürgerinnen von Mannheim und Umgebung bitten Sie zu folgenden Aspekten um eine Stellungnahme:

Erstaufnahmelager Coleman in Sandhofen/Schönau:

Der Presse war zu entnehmen, dass das Erstaufnahmelager der Asylbewerber von Heidelberg nach Mannheim Coleman verlegt werden soll. Wie stehen Sie dazu? Man konnte von Ihnen ein vorsichtiges „*Sie wären nicht dafür*“ vernehmen. Falls durch die Bewohner dieses Erstaufnahmelager Übergriffe auf Frauen und sonstige Straftaten begangen werden, übernehmen Sie dafür Verantwortung?

Sicherheit und Islamisierung

a) Wie wollen Sie grundsätzlich die Sicherheit - insbesondere für Frauen - in Mannheim verbessern? Gibt es hierzu Überlegungen seitens der Stadtverwaltung?

b) Wie bewerten Sie die wachsende Islamisierung in Mannheim? Die Tatsache, dass der Namensgeber der größten Mannheimer Moschee, Yavuz Sultan Selim, ein grausamer osmanischer Eroberer war ist hierbei eine sicherlich nicht nur eine Randnotiz.

Sehr geehrter Herr Dr. Kurz, wir möchten Sie abschließend auf folgenden wesentlichen Sachverhalt hinweisen: Sie sind als gewählter Oberbürgermeister der Stadt Mannheim primär keiner politischen Partei, Organisation oder Ideologie verpflichtet, sondern den Bürgerinnen und Bürgern Mannheims. Diese vertrauen auf eine weitsichtige und verantwortungsbewusste Politik der gewählten Amtsträger und auf deren Fürsorgepflicht. In diesem Sinne möchten wir uns schon jetzt für die Beantwortung unseres Schreibens bedanken.

Mit freundlichen Grüßen verunsicherter BürgerInnen